

## **Profil statt Populismus – zur CDU-Wirtschaftspolitik**

Gastkommentar im Rheinischen Merkur vom 27.11.2004

Die CDU gerät in Bewegung. Neue und grundsätzliche, teilweise noch nicht ganz konsistente Reformvorschläge kommen auf. Inhaltliche Differenzen, die an die Wurzeln der Partei rühren, treten so zu Tage und verbreiten eine unerwünschte Außenwirkung. Noch ist unklar, wie die Endprodukte dieses Prozesses aussehen werden. Doch es besteht die Chance auf ein Ergebnis, das Deutschland gut brauchen könnte: eine Reformpartei CDU mit einem in sich schlüssigen ordnungspolitischen Programm.

Schon einmal, zu Ende der Regierungszeit von Helmut Kohl, begann sich die CDU in diese Richtung zu bewegen. Nach einem deutlichen Anstieg der Subventionen und der Staatsverschuldung in den neunziger Jahren, nach der Ausweitung des problematischen Umlageverfahrens auf die Pflegeversicherung und dem Aussitzen ungelöster Probleme kam es in den letzten Regierungsjahren zu einem Umdenken. Primärüberschüsse wurden erwirtschaftet, der Demographiefaktor in der Rentenversicherung eingeführt, der Kündigungsschutz gelockert; die Petersberger Beschlüsse signalisierten einen Aufbruch in eine neue Steuerpolitik.

1998 hätte man erwartet, daß diese Entwicklung weitergeht, daß die CDU als Oppositionspartei, frei von den Zwängen des Regierens, programmatisch sogar deutlich weiterkommt. Dies ist nicht wirklich geschehen; eine programmatische Erneuerung der CDU erfolgte in den ersten vier Oppositionsjahren nicht. Die CDU blieb bei den früheren Ansätzen stehen, die nur im Vergleich zur rot-grünen Bundesregierung reformfreudig wirkten, aber keine konsistente ordnungspolitische Strategie für Deutschland beinhalteten. In den Bundestagswahlkampf 2002 ging die CDU daher mit ähnlichen inhaltlichen Positionen wie schon 1998. Von einem klaren Anspruch, für ordnungspolitische Reformen einzutreten, wie er den Regierungswechsel 1982 gekennzeichnet hatte, war wenig zu spüren.

Daran änderte sich auch nach der knapp verlorenen Bundestagswahl im September 2002 zunächst nicht viel. Die tagespolitische Konfrontation mit der Bundesregierung in einer Art Dauerwahlkampf überdeckte in den darauffolgenden Monaten die Notwendigkeit zur Entwicklung einer überzeugenden inhaltlichen Alternative zur Regierungspolitik. In den Entscheidungen, an denen die Opposition über den Bundesrat mitwirkte, wurde die CDU nicht durchgehend als Reformpartei wahrgenommen. Sie schwankte zwischen den Polen Reformeifer (etwa bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe), Besitzstandswahrung (etwa bei der Handwerksordnung und bei der Gesundheitsreform) und Populismus (etwa beim Zuwanderungsgesetz und der Eigenheimzulage). Die tagespolitische Taktik bestimmte dabei jeweils darüber mit, welche Position die Oberhand gewann. Ebenso wenig wie auf Regierungsseite war eine klare politische Linie erkennbar. Während das Existenzgrundlagengesetz von Roland Koch mutige Arbeitsmarktreformen vorsah, die mit dem Konzept „Fördern und Fordern“ neue Dynamik für den deutschen Arbeitsmarkt gebracht hätten, kämpften andere in der Union gegen jegliche Veränderung beim Arbeitslosengeld.

Während ein Teil der Partei um Peter Müller und Rita Süßmuth eine moderne Integrations- und Zuwanderungspolitik anstrebte, die den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarkts entspricht, orientierten sich andere eher an den Vorbehalten in der Bevölkerung gegen Zuwanderung.

Während Friedrich Merz an einem einfachen, subventionsarmen Steuerrecht arbeitete, verhinderte die Union im Bundesrat den Abbau von Steuersubventionen.

Während im Saarland Unternehmensbeteiligungen privatisiert, die Verwaltung modernisiert und Hunderte von Vorschriften abgeschafft wurden, stoppte die Union im Bundesrat die gebotene Entschlackung der Handwerksordnung, um ihre Klientel zu schützen.

Während die Herzog-Kommission weitreichende Vorschläge zur Reform der Krankenversicherung erarbeitete, die auch die lange von allen Parteien verdrängte Demographie-Problematik angingen, vertrat die Union bei den gesundheitspolitischen Verhandlungen mit den Regierungsfractionen Standesinteressen.

Verfolgt man diese Widersprüche, so wird deutlich, daß sie Teil eines Gärprozesses sind, der seit den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen zunehmend intensiver wird und zu einem konsistenten Reformprogramm führen kann. Gelänge dies, dann hätte die CDU die derzeitigen Umfragewerte verdient, weil sie wirklich in der Lage wäre, unser Land aus der gegenwärtigen Krise zu holen. Andernfalls stünde die CDU im Falle einer Regierungsübernahme vor einem ähnlichen Problem wie die SPD 1998 und 2002. In beide Wahlen ging die SPD ohne übergreifendes wirtschaftspolitisches Reformprogramm. Die Folge war, daß sie als Regierungspartei mal Positionen der Gewerkschaften, mal Positionen der Wirtschaftsverbände übernahm – mit teilweise radikalen, jeweils taktisch motivierten Positionswechseln und Widersprüchlichkeiten in zentralen Politikfeldern, beispielsweise beim Kündigungsschutz, in der Rentenpolitik oder jüngst bei der Ausbildungsplatzabgabe. Konzeptionslos trat die SPD in die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Interessengruppen und konnte dabei nur verlieren.

Zentral dafür, daß sich die CDU am Ende des gegenwärtigen Diskussionsprozesses als Reformpartei präsentieren kann, ist, daß sie im Sinne einer „Ordnungspolitik für alle“ die Bürger in ihrer Gesamtheit in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt und sich nicht länger von Partikularinteressen einzelner Gruppen vereinnahmen läßt.

Dazu gehört ein radikaler Abbau von Subventionen sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Steuerseite, eine konsequente Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarktes, eine Strategie für mehr Wirtschaftswachstum durch Deregulierung, Entbürokratisierung und Vereinfachung des Steuer- und Sozialrechts, eine sozialpolitische und haushaltspolitische Antwort auf die demographische Entwicklung sowie ein entschlossenes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und Korruption. Einzelne Elemente eines solchen konsistenten Reformprogramms sind in der CDU vorhanden. Nun gilt es, sie zusammenzuführen und gemeinsam zu vertreten, auch gegen die Lobbyisten in den eigenen Reihen und auch dann, wenn die Regierungsparteien ähnliches vorschlagen. Gelingt dies, dann wird die Stärke der CDU nicht allein darin bestehen, daß ihr weniger Wähler davonlaufen als der SPD (wie jüngst in Bayern!), sondern auch in einer vermehrten aktiven Zustimmung zu ihrem eigenen Reformprofil, die auch auf die bisherigen Nichtwähler übergreift.

Dazu gehört außerdem ein ehrlicher Umgang mit der Bevölkerung. Dies betrifft zum einen die Offenlegung des gewaltigen Reformstaus auf fast allen Gebieten und die unverzichtbare

Notwendigkeit grundlegender Reformen. Es betrifft zum anderen die Mitverantwortung für die heutige Situation: Erforderlich ist es, in einem Akt politischer Hygiene die beträchtlichen eigenen Versäumnisse der Vergangenheit offen einzugestehen.

Eine große Chance, aber auch eine große Gefahr für das Profil der CDU als Reformpartei ist im kommenden Jahr die Reform der bundesstaatlichen Ordnung. Hier wird sich zeigen, ob die CDU im wesentlichen Vertreterin der Interessen der von ihr gestellten Landesregierungen ist oder ob sie den Bürger in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt. Die Problemdiagnose ist klar: Die Mitsprache der Landesregierungen in der Bundespolitik über den Bundesrat hat zur heutigen Reformunfähigkeit in Deutschland maßgeblich beigetragen. Außerdem ist sie aufgrund der zwischen Bundes- und Landesebene völlig verwischten politischen Verantwortlichkeiten mit ursächlich für die inzwischen große Distanzierung zwischen Politik und Bevölkerung.

Eine föderale „Agenda 2004“ erfordert daher eine grundlegende Reform in dreifacher Hinsicht: Erstens sollten, wo immer möglich, Kompetenzen vom Bund auf die Länder und Kommunen (zurück)verlagert werden. Zweitens sollten die Kompetenzen von Bund und Ländern – einschließlich der Gestaltungskompetenz für Landessteuern – strikt getrennt werden, so daß die Mitwirkung der Landesregierungen an der Bundesgesetzgebung über den Bundesrat nur noch in wenigen, klar umrissenen Fällen möglich ist. Die Ministerpräsidenten verlieren dadurch ihren Einfluß auf die Bundespolitik.

Drittens sollte der Länderfinanzausgleich von dem heutigen anreizfeindlichen Finanzkraftausgleich auf einen Ausgleich der Wirtschaftskraft umgestellt werden, damit den Ländern steuerpolitische Kompetenzen übertragen werden können. Das macht sie unabhängiger vom Bund, setzt sie aber auch untereinander einem intensiven Wettbewerb um Bürger und Unternehmen aus. Die Landesregierungen bekommen damit Anreize für eine gute Wirtschaftspolitik und können für die Höhe der Steuerbelastung in ihrem Land verantwortlich gemacht werden. Die Ministerpräsidenten können sich dann bei unbefriedigenden Ergebnissen ihrer Politik nicht mehr hinter der Bundespolitik verstecken. Mit anderen Worten: Die CDU muß, wenn sie eine Reformpartei sein will, die die Belange der Bürger in den Mittelpunkt rückt, in den drei genannten Punkten gerade auch den machtpolitischen Status der Landesregierungen grundlegend neu gestalten, obwohl sie selbst viele davon stellt. Man darf gespannt sein, wie die CDU diese Fragen in den nächsten Monaten beantwortet.

*Dr. habil. Lüder Gerken, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung für Ordnungspolitik*